

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Postanschrift: Tagesblatt Riesa,
Grenzstr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rats der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1339
Groschasse Riesa Nr. 82.

Nr. 117.

Mittwoch, 23. Mai 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Mai 4800.— Mark einschl. Bringerlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 300.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 50.— Mark. Keine Taxifreie, Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag versäumt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ahlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Nachdem der Arbeiter Max Böger in Weidau infolge Verzugs nach Chemnitz aus der Bezirksverammlung ausgeschieden ist, hat der Bezirksausschuß gemäß § 18 der Ausführungsverordnung vom 12. Juli 1919 zu dem Gesuch über die Wahlen zu den Bezirksverammlungen usw. vom 5. Juli 1919 den

Verwaltungsbeamten Callb Horn in Gröba als Ersatzmann einberufen.
Großenhain, am 19. Mai 1923. 849 A. Die Amtshauptmannschaft.

Die Kreisbauernschaft Dresden mit dem Kreisbauernrat hat zu den folgenden von den städtischen Kollegien beschlossenen Nachträgen zur hiesigen Gemeindesteuerordnung die Genehmigung erteilt:

- XXII. Nachtrag — Erhöhung der Wanderlagersteuer —
 - XXIII. Nachtrag — Änderung der Bestimmungen über Erhebung der Grundsteuer —
 - XXIV. Nachtrag — Neuregelung der Sätze zur Abgaben- und Grundbesitzsteuer —
 - XXV. Nachtrag — Erhöhung der Eintrittskarten- und Vergütungssteuer —
- Diese Nachträge liegen vom Tage der Bekanntmachung an zur Einsichtnahme 14 Tage in unserer Steuerkasse aus.
Druckstücke dieser Steuerordnungsänderungen geben wir gegen Erstattung der Kosten ab.
Der Rat der Stadt Riesa, am 22. Mai 1923. Bja.

Krankenversicherung der Kurzarbeiter.

Durch das Gesetz zur Abänderung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 14. Mai 1923 wird folgendes bestimmt:
Der Arbeitgeber hat die Kurzarbeiter bei ihrer Rasse weiter nach demjenigen Grundlohn zu versichern, der für sie ohne Kürzung der Arbeitszeit maßgebend wäre. Er hat dabei nur denjenigen Beitragsteil zu tragen, der auf ihn bei Zugrundelegung des ge-

fürten Verdienstes entfallen würde. Dagegen bekommt er die übrigen von ihm zu veranlagenden Beiträge erstattet und zwar den Beitragsteil, der auf die Arbeitnehmer bei Zugrundelegung des gefürten Verdienstes entfallen würde, durch Lohnabzug, die Reste des Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteils durch die Gemeinde zu Lasten der unterstützten Erwerbslosenfürsorge.

Diese Änderung tritt mit Wirkung vom 30. 4. 1923 ab in Kraft.
Den Nachweis des erkrankungsfähigen Mehrbetrages hat der Arbeitgeber der Gemeinde gegenüber zu erbringen.
Riesa, den 22. Mai 1923. Der Rat der Stadt Riesa.

Der unterzeichnete Kirchenvorstand bittet die Glieder der ev.-luth. Kirchengemeinde Riesa mit Poppitz und Wergendorf um Vorauszahlungen auf die nächste Kirchensteuer in Höhe von 20 Prozent der Reichseinkommensteuer auf das Einkommen von 1922.
Der Kirchenvorstand.

Am Sonnabend, den 26. Mai 1923, nachmittags 1/8 Uhr, findet in der Turnhalle der Zentralschule für die Schrebergarteninhaber ein Vortragsabend statt. Der Obkassenbeamter Glauch von der Abteilung Obkassen der Amtshauptmannschaft Großenhain wird über „Wissenswertes im Obst- und Gemüsebau“ sprechen. Alle Schrebergarteninhaber mit ihren Frauen sind hierzu freundlichst eingeladen.
Gröba (Elbe), am 17. Mai 1923. Der Gemeindevorstand.

Kirchenverpachtung.

Die diesjährige Kirchennutzung der Gemeinde Poppitz soll
Freitag, den 25. Mai 1923, nachm. 6 Uhr
im Gasthof „Stadt Riesa“, hier, gegen das Meistgebot verpachtet werden.
Poppitz, am 21. Mai 1923. Der Gemeindevorstand.

Berdoppelung des Brotpreises

am 4. Juni.

Erhöhung der Abgabepreise der Reichsgetreidestelle.

Eine Erhöhung der Abgabepreise der Reichsgetreidestelle, die vom 4. Juni ab eine Steigerung der Brotpreise zur Folge haben wird, ist vom Reichskabinett beschlossen worden.

Dieser wird mitgeteilt: Die Preise, an denen die Reichsgetreidestelle Getreide und Mehl an die Kommunalverbände abgibt, sind trotz der ungemein starken und immer wieder eintretenden Wertminderung des laufenden Erntejahres nur ganz wenige Male erhöht worden. Die letzte Preisfestsetzung auf 200000 Mark für abgegebenes Getreide stammt vom Anfang Januar. Diese Preisfestsetzung ist durch die Entwicklung längst überholt, da der Preis für das Auslandsgetreide beim Roggen jetzt rund 1 1/2 Millionen Mark beträgt und auch der Preis für die zweite Hälfte des Umlagegetreides inzwischen auf durchschnittlich 800000 Mark festgesetzt war. Dadurch sind im Laufe der Zeit derartige Verluste bei der Reichsgetreidestelle entstanden, daß die Reichsregierung trotz ihres Bestrebens, auf die gesamte Preisentwicklung mäßigend einzuwirken, eine Fortsetzung des bisherigen Vorwurfsystems bei der Reichsgetreidestelle nicht mehr für tragbar erachten kann. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß die Festhaltung des Abgabepreises durchaus noch keine Festhaltung des Brotpreises bedeutet hat. Denn da der Anteil des Getreidepreises im Brotpreis durchschnittlich nur etwa 1/3, oder noch weniger ausmacht, so sind die übrigen Preisbestandteile, wie Löhne für Transport zum Verbrauchsort und innerhalb desselben, Vermahlung, Verbackung und dergl., also ungefähr 2/3 des Brotpreises (ein gewisser Unterschied besteht zwischen den Kommunalverbänden, die von der Reichsgetreidestelle Getreide und denen die Mehl beziehen) der Wertminderung auch seit Anfang Januar unterworfen geblieben. Das hat zur Folge gehabt, daß trotz der Festhaltung des Abgabepreises der Reichsgetreidestelle die Brotpreise sich seitdem erheblich gesteigert haben, nämlich im Durchschnitt um fast zwei Drittel. In diese Entwicklung muß, damit unsere Volkswirtschaft überhaupt aufrecht erhalten werden kann, auch der Abgabepreis der Reichsgetreidestelle eingegliedert werden. Die beschlossene Erhöhung von 200000 Mark auf 800000 Mark wird wiederum, weil sie nur einen Teil des Brotpreises beeinflußt, nicht etwa in einer Verdoppelung des Brotpreises, sondern je nach den örtlichen Verhältnissen, durchschnittlich nur in einer reichlichen Verdoppelung des Brotpreises

sich auswirken.
Das Reichskabinett hat sich mit dieser Preisfestsetzung in den engstmöglichen Grenzen gehalten, wie schon daraus hervorgeht, daß der Preis für freien Roggen zur Zeit mehr als das Doppelte des geplanten Abgabepreises der Reichsgetreidestelle beträgt. Die hinauschiebung des Termins bis zum 4. Juni, die übrigens auch für die Vorbereitungen durch die Kommunen notwendig ist, wird die Möglichkeit geben, daß die öffentlichen Verbände und das Wirtschaftsleben sich mit den Gehältern, Löhnen, Unterstützungen usw. auf den neuen Brotpreis einrichten, damit der Brotpreis für die verbrauchende Bevölkerung tragbar ist.

Erhöhung der Tarife bei der Reichsbahn

vom 1. Juni 1923 ab.

Die nach den Beratungen mit dem Ausschuss des Reichseisenbahnrats in Aussicht stehenden Erhöhungen der Tarife bei der Reichsbahn werden vom 1. Juni 1923 ab in Kraft treten. Es werden erhöht: Die Güter- und Personentarife um 50 Prozent und die Personen- und Gepäcktarife um rund 100 Prozent der heute gültigen Sätze.

Vom 1. Juni 1923 ab betragen die Schnellzugzuschläge:

	1. Zone	2. Zone	3. Zone
in der 1. Klasse . . .	1000	2000	3000
in der 2. Klasse . . .	2000	4000	6000
in der 3. Klasse . . .	4000	8000	12000

1—75 km 75—150 km über 150 km

Baldwin englischer Ministerpräsident

Der König hat den bisherigen Schatzkanzler Stanley Baldwin zum Premierminister ernannt. Stanley Baldwin hat den Posten als Premierminister angenommen.

Der König ist gestern mittag 1 Uhr in London eingetroffen, ebenso Lord Curzon.
Donnerstag hat mitgeteilt, daß er beabsichtigt, Parlamentsmitglied für Mittelrussland zu bleiben, obwohl er es nicht für wahrscheinlich halte, den Sitzungen beizutreten zu können.

Neuter meldet, daß Sir Robert Horne, der bereits unter Lord George Saxe-Rexford war, das Amt jetzt wieder übernehmen werde.

„Evening Standard“ zufolge verlautet, daß keine großen Veränderungen in der Zusammenlegung des Kabinetts eintreten werden. Lord Curzon sei, wie es heißt, bereit, das Amt des Außenministers weiter zu führen.

In gut unterrichteten unionistischen Kreisen werde mitgeteilt, daß Baldwin eine tiefe Anhängerzucht in der City habe. Wahrscheinlich wird eine Zusammenkunft der unionistischen Partei am Dienstag oder Mittwoch der nächsten Woche stattfinden. Die die Blätter melden, wird Baldwin zugleich Premierminister und Führer des Unterhauses sein.

Über das Bestehen des früheren Ministerpräsidenten Donnerstag hat mitgeteilt, daß dieser eine gute Nacht verbracht hat und daß er seinen Wählern seinen Entschluß mitteilt, zunächst während der jetzigen Sitzungsperiode seinen Platz im Unterhause beizubehalten, obwohl es wenig wahrscheinlich sei, daß er in der nächsten Zeit den Sitzungen teilnehmen könne.

Aubrédatte in der französischen Kammer.

Eine Rede Leon Dubois.

Die Kammer begann gestern nachmittag die Beratung der von der Regierung angeforderten Kredite für die Operationen an der Ruhr. Für die Debatte, die die seit Wochen erwartete Aussprache über die Ruhr- und Reparationspolitik der französischen Regierung bringen wird, sind bereits mehr als 20 Redner eingeschrieben. Man rechnet damit, daß die Debatte die Sitzungen bis zum Ende der Woche ausfüllen wird.

Als erster Redner ergriff der Abgeordnete Leon Dubois, der ehemalige Präsident der Reparationskommission, das Wort. Er sagte, Deutschland sei den ihm im Verträge von Versailles auferlegten Verpflichtungen niemals nachgekommen. Die von ihm geleisteten geringfügigen Zahlungen und Restitutions seien unter dem Druck der Gewalt und erst nach Überwindung großer Schwierigkeiten erfolgt. Bereits am 30. Juni 1920 habe sich die Reparationskommission gezwungen gesehen, eine erste vorläufige Verabreichung bei den Kohlenlieferungen festzusetzen. Drei- oder viermal habe die Kommission in der Folgezeit eine Verabreichung Deutschlands zur Kenntnis der alliierten Regierungen gelangen lassen. Bereits auf der Londoner Konferenz habe Deutschland so offensündige Beweise seines bösen Willens gegeben, daß die Gesamtheit der alliierten Delegierten darüber aufs äußerste entrüstet gewesen sei. Anstelle der damals als Gesamtbeitrag der deutschen Schuld festgelegten 132 Milliarden habe die deutsche Regierung gewagt, 30 Milliarden anzubieten.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede erklärte Dubois, die Reparationskommission, deren sich gewisse Alliierte so gern entledigen möchten, habe die deutsche Schuld erst nach Anhören der Deutschen und von 32 Sachverständigen auf 132 Milliarden festgelegt. Redner gibt eine siffernmäßige Aufstellung der Leistungen, die Deutschland bis zum 31. Dezember 1922 getätigt habe. Die von ihm angeführten Zahlen stehen jedoch im Widerspruch zu den heute von der Reparationskommission veröffentlichten Ziffern. Redner fährt fort, Frankreich habe vollkommen Recht gehabt, als es sich zu Sanktionen entschloß, zu denen die verwerfliche und wortwörtliche Zahlung Deutschlands die Veranlassung gegeben habe. Die französische Regierung habe damit nicht nur ihre Pflicht gegenüber dem eigenen Lande, sondern auch gegenüber der Welt erfüllt. Die Annahme der von der Regierung geforderten Kredite müsse der Welt zeigen, daß Frankreich nun am Ende seiner Geduld und entschlossen sei, die Wänder, in deren Besitz es sich gesetzt habe, zu behalten, bis es bezahlt sei.

Der Abg. Marquand weist nach, daß der Betrieb der Eisenbahnen im Ruhrgebiet durch die französisch-belgische Regie praktisch unmöglich sei. Er sprach die Hoffnung aus, daß die Regierung die Kammer über ihre wahren Absichten unterrichten und sich nicht wieder hinter „diplomatische Notwendigkeiten“ verbergen werde.

Dieser unterbricht Poincaré den Redner und ruft: „Sie werden hoffentlich nicht erwarten, daß ich diese Absichten auf diesem Wege zur Kenntnis der Deutschen bringe.“ Nach weiteren Ausführungen des Abgeordneten wird die Weiterberatung auf heute vertagt.

Neue kommunistische Krawalle in Dortmund.

Am Dienstag-Vormittag drangen Aufwiegler in die Rastbetriebe des Eisenwerkes Union ein und zwangen die Arbeitsschlichter zur Arbeitsniederlegung. Als die Aufwiegler sich anschickten in andere Betriebe des Eisenwerkes einzudringen, kam es zu einem Zusammenstoß mit der von der Verwaltung des Werkes herbeigeführten Schutzpolizei. Die Schutzmannschaft hatte dabei vier, die Aufwiegler zwei verwundet. Es ruht der gesamte Betrieb. In den Abendstunden kam es zu heftigen Krawallen. Es wurde von Aufwiegern versucht, die Polizeiwache am Steinplatz zu stürmen. Die Angreifer waren mit Schusswaffen versehen. Zwei Polizeibeamte wurden verletzt, der eine erlitt eine Schußwunde, der andere einen Messerstoß. Ein Automobil, das Verhaftungen heranzuführen wollte, wurde in der Straße eingekesselt und mit Maschinengewehren und Handgranaten angegriffen. In beiden Fällen wurde sowohl aus den anliegenden Häusern als auch aus der Menge heraus geschossen. Auf Seiten der Angreifer gab es zahlreiche Verwundete. — Die Stadt selbst ist ruhig. Die Polizei ist durchaus Herrin der Lage.

Gestern nachmittag gegen 7 Uhr verammelten sich die kreisenden Arbeiter Dortmunds auf dem Hauptplatze zu einer Massenkundgebung. Es wurden Anträge gehalten, in denen zum Durchhalten bis zur Erfüllung der letzten Forderung aufgefordert wurde. Die Redner betonten, die Streikbewegung dürfe nicht auf den Dortmunder Bezirk beschränkt bleiben. Der Ausschuss der Betriebsräte von Rheinland und Westfalen war zusammengetreten, um die Ausbreitung der Streikbewegung auf das ganze Rheinland und Westfalen zu beschließen. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen. Nach Schluß der Versammlung fanden Demonstrationen statt.

Der Streik hat sich weiter ausgedehnt. Er ergriff sich auf die Werke „Tremonia“ sowie eine Reihe kleinerer Eisen- und Stahlwerke. Auf den Werken „Wienabshaus“, „Gladbach“, „Tiefbau“ und „Adolf v. Dammann“ haben die Kommunisten der bereits im Streik befindlichen Werke vom Betriebsrat in einem Ultimatum die Arbeitsniederlegung verlangt. Auf den Werken „Adolf v. Dammann“, „Gladbach“ und „Tiefbau“ sind die Belegschaften fast vollständig eingeschlossen. Auf der Zeche „Schwarzhorn“ arbeitete mittags etwa die Hälfte der Belegschaft.

Das finnlöse Wüten in Mannheim.

Die Polizeidirektion veröffentlicht das Ergebnis der amtlichen Untersuchung über die Schiebererei der französischen Wache an der Redarbrücke am 18. Mai und in der Nacht vom 18. zum 19. Mai in Mannheim. Aus dem Bericht über die Erziehung des Polizeiwachmeisters Traub am 18. Mai geht hervor, daß der tödliche Schuß von einem französischen Soldaten, der Traub nachgelassen war, aus einer Entfernung von nur 10 bis 12 Metern abgegeben worden ist. In den Kopf getroffen, stürzte Traub zusammen. Der Bericht weist nach, daß die Franzosen in der darauffolgenden Nacht zu wiederholten Malen das bereits eingeschleifte Feuer auf die friedliche Bevölkerung auf neue eröffneten.

Die amtliche Darstellung lautet: Am 19. Mai nachts eröffnete die französische Wache auf der nördlichen Seite der Friedrichsbrücke auf die Umgebung der Wache, auf das linke Redarufer, insbesondere auf die Friedrichsbrücke ein regelrechtes Infanteriefeuer. Auf der Brücke herrschte um diese Zeit noch reger Verkehr. Die gerade auf der Brücke befindlichen Passanten flüchteten, nachdem sie zunächst hinter den eisernen Pfeilern der Brücke Schutz gesucht hatten, auf die linke Redarseite zurück. Als nach einigen Minuten Ruhe